

## Aus aktuellem Anlass

Karl-Heinz Paqué

# Der Historizismus des Jakobiners

Anmerkungen zu dem Buch „*Capital in the Twenty-First Century*“ von Thomas Piketty

**Zusammenfassung:** Dieser Beitrag ist aus aktuellem Anlass den zentralen Thesen des volkswirtschaftlichen Bestsellers *Capital in the Twenty-First Century* von Thomas Piketty gewidmet. Karl-Heinz Paqué stellt fest, dass Piketty in historizistischer Tradition eherne Gesetze des Kapitalismus zu identifizieren sucht, allen voran den Trend zu zunehmender Ungleichheit der personellen Vermögensverteilung, getrieben durch die säkulare Differenz zwischen Realzins und Wachstumsrate. Pikettys empirische Analyse liefert dabei eine faszinierende Fülle an wichtigen Erkenntnissen. Sie leidet aber an drei Schwächen: (1) den für seine Kernthese dünnen statistischen Belegen für die letzten Jahrzehnte, (2) der zum Teil abwegigen Deutung der verschiedenen Entwicklungsphasen des Kapitalismus und vor allem (3) der Vernachlässigung des Arbeitsmarktes bei der Bestimmung der Einkommens- und Vermögensverteilung. Auch Pikettys Zukunftsprognosen können nicht überzeugen, weil er wichtige Trends, die sich derzeit schon abzeichnen – Knappheit an Arbeitskräften einerseits, Kapitalschwemme andererseits – völlig außer Acht lässt. Pikettys politische Vorschläge zur massiven Besteuerung von Einkommen, Vermögen sowie Nachlässen und Schenkungen tragen jakobinische Züge. Ziel ist eine radikale Umverteilung zur Wiederherstellung einer Meritokratie, in der die Einkommen das Ergebnis persönlicher Leistung sind statt von leistungsunabhängigen Transfers und Glück bestimmt zu werden. Dabei bleibt unklar, wo die Grenzen der eigenen Leistung genau liegen. Die Vorschläge sind deshalb weder ökonomisch und sozialphilosophisch überzeugend noch politisch zielführend.

**JEL-Klassifikation:** N1, O1, P1

**Stichworte:** Kapitalismus, Vermögensverteilung, Wirtschaftswachstum

DOI 10.1515/pwp-2014-0020

Karl-Heinz Paqué: Otto-von-Guericke-Universität Magdeburg,  
E-Mail: paque@ovgu.de

## 1 Ein Bestseller

Das passiert selten: Ein volkswirtschaftliches Buch wird zum Bestseller – in aller Welt verbreitet, begeistert gefeiert, kontrovers diskutiert. So geschehen mit der englischen Übersetzung von *Le capital au XXI<sup>e</sup> siècle* von Thomas Piketty, Ökonomeprofessor an der École des hautes études en sciences sociales (EHESS) in Paris. Das Buch war zunächst 2013 in französischer Sprache bei Editions du Seuil erschienen – ohne allzu starke Resonanz. Als aber im März 2014 die englische Übersetzung bei Harvard University Press auf den Markt kam, waren innerhalb von zwei Monaten 300.000 Exemplare verkauft. Vor allem in den Vereinigten Staaten eroberte das Buch Spitzenplätze der Bestsellerlisten – auf Augenhöhe mit perfekt konfektionierte Belletristik.

Der Grund für den Markterfolg liegt im Gegenstand des Buches: Es geht um die Verteilung von Einkommen und Vermögen im Kapitalismus, und zwar seit Beginn der Industrialisierung im späten 18. und frühen 19. Jahrhundert bis heute, also der Zeit nach der globalen Finanzkrise 2008. Es ist ein Thema von großer Aktualität und Brisanz: Seit einigen Jahren machen sich Vertreter von Wissenschaft und Politik in fast allen Industrienationen Gedanken und Sorgen über eine langfristige Tendenz zur Spaltung der Gesellschaft. Schrumpfender Mittelstand, zunehmende Armut, überbordender Reichtum von Wenigen – das sind die Schlagworte, die in der laufenden Debatte fast täglich fallen. „Growing Unequal?“ und „Divided We Stand“, so überschrieben die Wissenschaftler der Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD) zwei umfassende und wichtige Publikationen zum Thema, in denen sie einen Trend zur nachhaltigen, wenn auch aus OECD-Sicht noch moderaten Zunahme der Einkommensspreizung in den vergangenen Jahrzehnten diagnostizierten (OECD 2008 und 2011). Schon das erregte weithin Aufsehen. Da kam das mächtige Werk des Vermögens- und Einkommensforschers Thomas Piketty gerade recht, trotz oder sogar wegen seines Umfangs von fast 700 Seiten in der englischen Übersetzung und knapp 1.000 Seiten im französischen Original. Hymnische Besprechungen durch namhafte Ökonomen, allen voran durch den Wirtschaftsnobel-

preisträger Paul Krugman in *The New York Review of Books*, taten ein Übriges, jedenfalls in den Vereinigten Staaten. Die deutsche Übersetzung wird dem Vernehmen nach im Herbst erscheinen, bei C. H. Beck München. Es bleibt abzuwarten, wie es dann hierzulande weitergeht.

Um es vorweg zu sagen: Das Buch ist keine gemütliche Lektüre. Selbst für einen professionellen Volkswirten ist es recht mühsam, sich durch ein Opus zu arbeiten, das in der englischen Fassung auf 577 Textseiten fast 100 Schaubilder und 18 Tabellen enthält, die zum Teil von beachtlicher Komplexität sind, ganz zu schweigen von den 76 Seiten oft ausführlicher Anmerkungen und einem gewaltigen technischen Anhang, der im Internet zur Verfügung steht. Tatsächlich ist die ungeheure Masse des Materials das Ergebnis der empirischen Feinarbeit einer Forschergruppe, die sich über 15 Jahre (von 1998 bis 2013) mit der historischen Entwicklung von Einkommen und Vermögen beschäftigt hat, wie der Verfasser gleich zu Beginn des Vorworts die Leser wissen lässt. Es geht um nicht weniger als zwei Jahrhunderte Wirtschaftsgeschichte der westlichen Welt, und genau dies gibt dem Buch sein Gewicht und seine Kraft.

Ein solches Buch kann eigentlich gar keine leicht verdauliche Kost sein. Es ist und bleibt ein „dickes Brett“, zumal die Leser über endlose Nebenstrecken vom Autor an die Hand genommen werden, um sich in den zahllosen statistischen Details der Einkommens- und Vermögensmessung einigermaßen zurechtzufinden. Der Autor macht dies mit bewundernswerter Geduld und klarer Sprache, aber ein gut lesbarer Text wird daraus nicht, jedenfalls nicht für die breitere Öffentlichkeit. Man fragt sich während der Lektüre immer wieder, wo die 300.000 Exemplare, die von März bis Mai 2014 vor allem in den Vereinigten Staaten verkauft wurden, eigentlich gelandet sind: wirklich auf den Nacht-, Schreib- und Couchtischen zur Lektüre vor dem Schlafengehen und am Wochenende? Oder doch eher wohlbehalten und unbenutzt im Bücherschrank? Ein „Bestseller“ ist eben noch lange nicht ein „Bestreader“. Dies gilt selbst für Intellektuelle aus New York, von den Tiefen des ländlichen Amerika ganz zu schweigen.<sup>1</sup>

<sup>1</sup> Dass die Vermutung, das Buch sei – obwohl Bestseller – doch kein „Bestreader“, nicht abwegig ist, lässt sich einem Beitrag von Gina Thomas in der Frankfurter Allgemeinen Zeitung entnehmen (Thomas 2014). Dort wird von einem heuristischen Verfahren berichtet, das der amerikanische Mathematikprofessor Jordan Ellenberg erfand, um einen sogenannten „Hawking-Index“ zu berechnen. Dieser Index misst auf der Grundlage von Daten aus elektronischen Lesegeräten für digitale Bücher, ob ein Buch überhaupt gelesen wurde und, wenn ja, wie viel davon. Die benötigten Daten werden von Amazon, dem größten Anbieter von derartigen Lesegeräten, systematisch erfasst und sind frei zugänglich. Es geht dabei vor allem um Markierungen der Leser an Stellen, die – mutmaßlich im Zuge der Lektüre – vom

Dabei ist Thomas Piketty durchaus ein exzellenter Stilist seines Faches. Der Text enthält so viel gedankliche und sprachliche Farbe wie nur irgend möglich. Dies gilt vor allem für jene wunderbaren Passagen, in denen der Autor in die Welten der großen Romanciers des 19. bzw. des frühen 20. Jahrhunderts eintaucht, um seine Interpretation der Vermögensverhältnisse jenseits der trockenen Statistiken zu belegen. Tatsächlich erweisen sich Honoré de Balzac für Frankreich, Jane Austen für Großbritannien und Henry James für die Vereinigten Staaten als unschlagbare Beobachter von Lebenszielen, Wertvorstellungen und Wunschträumen ihrer Zeit. Und der literarisch sensible Autor Piketty weiß mit diesem Schatz glänzend umzugehen – zum immer wiederkehrenden, aber doch nur vorübergehenden Wohl der Leser, die dann nach einigen Seiten wieder zum spröden Zahlenmaterial zurückfinden müssen. Ähnlich erfrischend sind die sarkastischen Seitenhiebe auf reiche Unternehmer und Vermögensbesitzer sowie interessengeleitete Politiker, die vom Autor eingestreut werden – ohne große Rücksicht auf wissenschaftlich-zurückhaltende Terminologie. Hier schreibt kein angestaubter Gelehrter, sondern ein leidenschaftlicher Intellektueller der Linken aus Frankreichs Metropole, und man spürt bei ihm die rabiateradikale Tradition, die spätestens seit Voltaire den gesellschaftlichen Diskurs seines Landes durchzieht. Das macht die Lektüre anregend, wenn auch nicht wirklich unterhaltsam. Aber das wäre wohl auch bei diesem Thema zu viel verlangt.

In jedem Fall hat Thomas Piketty ein Buch vorgelegt, an dem Wissenschaft und Politik nicht vorbei kommen.

Besitzer des elektronischen Buches als besonders bemerkenswert (o. ä.) eingestuft wurden. Es ist plausibel zu vermuten, dass diese Markierungen einigermaßen gleichmäßig über den Text streuen, soweit dieser überhaupt gelesen wurde, aber weitgehend abwesend sind, wenn der Text ungelesen blieb. Dies ist genau die Hypothese, die Jordan Ellenberg dem „Hawking-Index“ zugrundelegt. Dieser Index misst den Anteil des Buches, der mutmaßlich gelesen wurde – eben wegen einer hinreichenden Präsenz an Markierungen. Hawking-Index wird er genannt, weil der Inhalt des berühmten Bestsellers des englischen Physikers Stephen Hawking *Eine kurze Geschichte der Zeit* nach diesem Index gerade mal im Umfang von 6,6 Prozent seines Inhalts von den Buchbesitzern tatsächlich gelesen wurde – ein vermeintliches Leseminimum und damit eine Art Maximum an Diskrepanz zwischen Kauf- und Lesebereitschaft. Dieses Ergebnis für Hawkings Klassiker steht in krassem Gegensatz etwa zu dem populären Roman *Der Distelfink* von Suzanne Collins, dessen Hawking-Index bei 98,5 Prozent landet (und dies trotz eines stolzen Umfangs von 784 Seiten!). Wo liegt nun der Hawking-Index für Thomas Pikettys *Capital in the Twenty-First Century*? Bei 2,4 Prozent, also noch deutlich unter dem vermeintlichen Minimum von Hawkings Klassiker. Die letzte Stelle, die in Pikettys Buch überhaupt von einem Leser markiert wurde, befand sich noch mitten in der Einleitung: auf Seite 26.

Dies gilt zumindest dann, wenn Wissenschaftler und Politiker bereit sind, sich den Fakten und der Interpretation langfristiger empirischer Trends der kapitalistischen Marktwirtschaft offen zu stellen. Im Einleitungskapitel seines Buches wirft Piketty den Vertretern des „Mainstream“ der Volkswirtschaftslehre in scharfer Form vor, dass sie eben diese Bereitschaft schon seit geraumer Zeit vermissen lasse. Es gebe viel zu viel elegante abstrakt-theoretische Modelldiskussion und zu wenig tiefeschürfende historisch-empirische Detailarbeit, so lautet die professionelle Krankheitsdiagnose des Autors, der selbst in den frühen neunziger Jahren an einer amerikanischen Top-Universität tätig war und sich dort mit mathematischen Modellen beschäftigte. Auch diese Ökonomschelte, wiederholt in zahlreichen Interviews mit dem Autor nach Erscheinen des Buches, trägt zu dessen Popularität bei – wenige Jahre nach einer Finanzkrise, die weithin auch der Verblendung von Ökonomen zugeschrieben wird.

Aber es wäre unfair, Piketty zu unterstellen, er habe auf diese Art von Popularität bewusst abgezielt. Für ihn steht wohl etwas ganz anderes im Vordergrund: Er hat nicht vergessen, in welcher stolzer Tradition gerade die europäischen Geschichts- und Sozialwissenschaften stehen, und dazu zählt er eben auch mit Vehemenz die Ökonomie. Dies gilt übrigens für Deutschland mit Karl Marx, Werner Sombart und Max Weber nicht weniger als für Frankreich mit Marc Bloch, Fernand Braudel und Lucien Febvre. In gewisser Weise kehrt er, so jedenfalls sein Selbstverständnis, mit den geschärften modernen Instrumenten der empirischen Forschung zu dieser Tradition zurück. Auch das Format des Buches erinnert an frühere Epochen der Wissenschaft: ein großes Thema, also nicht die heute üblichen kleinen Häppchen wissenschaftlich-innovativer Erkenntnis, sondern weite Bögen, die Tendenzen, Trends und Gesetzmäßigkeiten erkunden. Diese Rückkehr zum großen Thema und deren Ergebnisse sind überaus ernst zu nehmen, egal, wie man im Einzelnen dazu steht. Dies ist der Grund für den folgenden Beitrag aus Anlass von Pikettys Buch.

## 2 Die Renaissance des Historizismus

Der Klarheit wegen ist es nützlich, Pikettys Buch gedanklich in zwei Abschnitte zu zerlegen: die *positive Analyse* der Entwicklung von Einkommens- und Vermögensverteilung seit dem späten 18. Jahrhundert bis heute, im Buch von vier Teilen die Teile 1 bis 3, die rund drei Viertel des gesamten Textes ausmachen; und die vom Autor empfohlene *normative Politik*, im Buch Teil 4 und weniger als ein

Viertel des Textes. Wir gehen im Folgenden genauso vor, wengleich der Autor mit seiner häufig stark wertenden Rhetorik an unzähligen Stellen des Buches zumindest im Tonfall, manchmal aber auch in der Sache Positives und Normatives vermischt. Zunächst also zu den Kernpunkten der positiven Analyse.

### 2.1 Thesen und Trends

Thomas Piketty hat eine (positive) Kernthese. Sie lautet: In normalen Zeiten hat der marktwirtschaftliche Kapitalismus eine inhärente Neigung, zu einer immer stärkeren Ungleichverteilung der Einkommen und vor allem der Vermögen zu führen. Dies ist die zentrale empirische Lektion der vergangenen 200 Jahre, also seit Beginn der Industrialisierung. „Normal“ waren dabei die Zeiten vor dem Ersten Weltkrieg, also die überaus lange Phase des relativ stabilen Weltfriedens seit dem Wiener Kongress und der folgenden Industrialisierung im 19. Jahrhundert, sowie die Jahrzehnte seit den siebziger Jahren bis heute. Nicht „normal“ war dagegen die Zeit dazwischen, also die knapp zwei Generationen von 1914 bis etwa 1970, und zwar weil in dieser Phase zwei Weltkriege, die schweren wirtschaftlichen Verwerfungen und neuen politischen Weichenstellungen der Zwischenkriegszeit sowie nach 1945 eine Phase des Wiederaufbaus und boomartigen Wachstums die „normalen“ Kräfte bei weitem überlagerten.<sup>2</sup> Kurzum: Piketty unterscheidet in seiner empirischen Beweisführung strikt zwischen *drei* historischen Phasen mit *zwei* unterschiedlichen Trends: zunehmende Ungleichheit bis zum Ausbruch des Ersten Weltkrieges 1914, abnehmende Ungleichheit danach bis in die siebziger Jahre, und schließlich wieder zunehmende Ungleichheit seither bis heute.

Wichtig ist dabei: Piketty geht es bei seiner Kernthese ausschließlich um die Ungleichheit der Verteilung *innerhalb* von Nationen, die sich industrialisieren oder industrialisiert sind. Es geht ihm nicht um die Verteilung *zwischen* Nationen, also zwischen Arm und Reich in der

<sup>2</sup> Hier und im Folgenden bleibt, wie bei Piketty selbst, die exakte Datierung des Endes dieser „nicht-normalen“ Phase offen, und zwar weil die siebziger Jahre eine Übergangsphase darstellen: Viele Verteilungstrends, die Piketty mit Beobachtungen jeweils für das Abschlussjahr eines Jahrzehnts (... , 1960, 1970, 1980, 1990, ...) empirisch aufzeigt, enden 1970; die dominanten neuen Trends setzen aber zu meist erst ab 1980 ein. Tatsächlich spricht im Rückblick vieles dafür, dass im Zuge der ersten Ölkrise 1973 und der danach einsetzenden schweren Rezession eine der schärfsten wirtschaftlichen „Strukturbrüche“ zu Friedenszeiten stattfand, und zwar nicht nur mit Blick auf die Verteilungsfragen von Piketty. Dazu im Einzelnen Paqué (2012), Abschnitte 1.3 und 1.4.

Weltwirtschaft insgesamt. Er konzediert, dass die Entwicklung des globalen Kapitalismus im Weltmaßstab eine ganz eigene Dynamik der Ungleichheit vorweist. Im 19. Jahrhundert nahm in der ganzen Welt die Einkommensspreizung zu, weil eine kleine Gruppe von damals schon relativ wohlhabenden Ländern sich industrialisierte, dadurch relativ schnell wuchs und große Teile der Welt und deren Bewohner arm zurückließ. In den jüngsten Jahrzehnten hingegen fand eine überaus dynamische Aufholjagd großer Entwicklungs- und Schwellenländer wie China, Indien, Indonesien und Brasilien statt, deren Bevölkerung in der globalen Wohlstandspyramide nach oben rückte und damit für mehr Gleichheit der Welteinkommensverteilung sorgte (auch wenn es in den Ländern selbst im Zuge des Wachstums eine gewisse Spreizung der Einkommen gab).<sup>3</sup>

Aber zurück zu Pikettys Kernanliegen. Was sind aus seiner Sicht die treibenden Kräfte für die zunehmende Ungleichheit der Einkommens- und vor allem der Vermögensverteilung *innerhalb* der nationalen Volkswirtschaften in den „normalen“ Zeiten, historisch also bis 1914 und seit den siebziger Jahren? Piketty liefert im Wesentlichen drei Elemente, die sich zu einem konsistenten Gesamtbild zusammenfügen:

- Der Realzins ( $r$ ) ist höher als die Wachstumsrate ( $g$ ): Diese empirische Beobachtung ( $r > g$ ) liefert die Urkraft, die Pikettys Argumentation treibt. In einer „normalen“ Wirtschaftswelt ist in der Tat zu erwarten, dass die reale Verzinsung auf das Kapital höher ausfällt als die Wachstumsrate der Volkswirtschaft. Dies sollte schon aus wachstumstheoretischen Überlegungen so sein – als Ausfluss der sogenannten Bedingung der Transversalität, die zumindest in neoklassischen Wachstumsmodellen erfüllt sein muss, um stabile Lösungen des dynamischen Gleichgewichts überhaupt möglich zu machen.<sup>4</sup> Piketty argumentiert indes keinesfalls theo-

retisch, sondern strikt empirisch: Er weist überzeugend nach, dass in den „normalen“ Zeiten der Realzins substantiell höher ausfiel als die Wachstumsrate, dass dies aber in der „anormalen“ Zeit dazwischen nicht so war.

- Kapitaleinkommen sind ungleicher verteilt als Arbeitseinkommen: Dieses empirische Faktum ist unstrittig. In allen bekannten Volkswirtschaften konzentrieren sich die Kapitaleinkommen stärker auf die Wohlhabenden (im Sinne der Einkommens- und Vermögenshöhe) als die Arbeitseinkommen. Liegt aber unter diesen völlig normalen Umständen der Realzins höher als die Wachstumsrate ( $r > g$ ), so hat dies weitreichende verteilungspolitische Konsequenzen: Wenn die Kapitaleinkommen im Trend mit der Höhe des Realzinses steigen, die Arbeitseinkommen aber zwingend mit einer niedrigeren Rate, dann wirkt dieser Wachstumstrend permanent zu Gunsten der Wohlhabenden. In den normalen Zeiten gibt es also allein wegen  $r > g$  eine säkulare Tendenz zu mehr Ungleichheit. Die kapitalistische Marktwirtschaft unterliegt damit einem „ehernen Gesetz“ der zunehmenden Ungleichheit von Einkommen und vor allem Vermögen.
- Wohlhabendere Vermögensbesitzer erzielen höhere Renditen: Das eherner Gesetz der zunehmenden Ungleichheit wird noch dadurch akzentuiert, dass Besitzer großer Vermögen durch den (teuren) Rat von Experten typischerweise in der Lage sind, systematisch höhere Renditen zu erzielen als Besitzer kleinerer Vermögen. Empirisch ist dies allerdings sehr schwierig nachzuweisen, weil es überall an frei verfügbaren Daten zu den Renditen unterschiedlich großer Privatvermögen mangelt. Gleichwohl liefert Piketty beeindruckende empirische Belege für seine These, indem er mit seinem Forscherteam – überaus einfallreich – auf die Analyse von Daten zu den Vermögensmassen („Endowments“) amerikanischer Universitäten zurückgreift. Das Ergebnis ist eindeutig: Die Renditen von großen Vermögensmassen fallen deutlich höher

<sup>3</sup> Piketty (2014), S. 59–61, insbesondere S. 61, wo im Kern bekannte Ergebnisse der Forschungen zur Welteinkommensverteilung im Zuge des weltwirtschaftlichen Wachstums vom 18. Jahrhundert bis heute bestätigt werden. Zusammenfassend zu diesen Ergebnissen: Paqué (2010), S. 32–36.

<sup>4</sup> Siehe u.a. Aghion, Howitt (2009), S. 35–7. Im (neoklassischen) Cass-Koopmans-Ramsey-Modell des Steady-state-Wachstums mit intertemporaler Optimierung der Konsumentscheidung wird der Realzins für den Fall einer Cobb-Douglas-Nutzenfunktion als Summe der positiven Zeitpräferenzrate ( $\rho$ ) und der Wachstumsrate ( $g$ ) ermittelt. Die Intuition dieses Ergebnisses ( $r = \rho + g$ ) liegt auf der Hand: Der Zins als Preis der Zeit spiegelt neben der Wachstumsrate der Wirtschaft (bedingt durch Bevölkerungszunahme und/oder Produktivitätssteigerung durch technischen Fortschritt) den Grad der Ungeduld der Bevölkerung wider, und dieser wird bestimmt durch die Zeitpräferenzrate, die eine zusätzliche monetäre Kompensation verlangt. Die einfache Formel  $r = \rho + g$  ergibt sich als Spezialfall der sogenannten

Euler-Gleichung, die lautet:  $r = \rho + \varepsilon g$ , wobei  $\varepsilon$  den Kehrwert der Substitutionselastizität zwischen gegenwärtigem und künftigem Konsum beschreibt und damit eine Art „Gewichtungsfaktor“ für die Wachstumsrate darstellt. Für eine übliche Cobb-Douglas-Nutzenfunktion mit  $1/\varepsilon = 1$  gilt also  $r > g$ , wenn  $\rho > 0$ . Man beachte allerdings, dass andere CES-Spezifikationen als die Cobb-Douglas-Form durchaus zu einem Ergebnis  $r < g$  führen können, und zwar dann, wenn die Substitutionselastizität  $1/\varepsilon$  „hinreichend groß“,  $\varepsilon$  also „hinreichend klein“ ist. Im Extremfall ( $\varepsilon \rightarrow 0$ ) gilt  $r \rightarrow \rho$ , wobei  $\rho$  größer oder kleiner sein kann als  $g$ . Ob indes die Annahme von sehr kleinem  $\varepsilon$  – unabhängig von der Größe von  $\rho$  – ökonomisch noch sinnvoll interpretierbar ist, wird angezweifelt (dazu ausführlich Paqué (2008), S. 268–72).

aus als die Renditen von kleinen Vermögensmassen, und es ist absolut naheliegend zu vermuten, dass dies nicht nur für Hochschulen, sondern auch für Privatpersonen gilt.

Mit diesen drei Elementen erklärt Piketty jene fundamentalen Trends, die er für die langen „normalen“ Phasen der Wirtschaftsgeschichte vor dem Ersten Weltkrieg und seit den siebziger Jahren empirisch nachzuweisen versucht. Es sind

- ein Trend zu einer Kapitalintensivierung der Wertschöpfung, gemessen an einer zunehmenden Kapital-Einkommens-Relation;<sup>5</sup>
- ein Trend zu einer Veränderung der funktionalen Einkommensverteilung zu Gunsten des Kapitals, gemessen als Senkung der Lohnquote und Erhöhung der Kapitalquote;
- ein Trend zu einer steigenden Bedeutung des Vermögenstransfers zwischen Generationen, gemessen als Zunahme der Relation von Nachlässen und Schenkungen zum laufenden Einkommen (im Folgenden „Nachlass-Einkommens-Relation“ genannt);
- ein Trend zu mehr Ungleichheit der personellen Vermögensverteilung, gemessen als Zunahme des Vermögensanteils der „Wohlhabenden“ am Gesamtvermögen der Bevölkerung.

Alle vier Trends werden ausführlich dargestellt und erläutert. Dabei gibt es eine gewisse Hierarchie der politischen Bedeutung: Die drei erstgenannten Trends sind nicht mehr als Bausteine, wenn auch sehr wichtige, für den (vierten) Trend zu mehr Ungleichheit in der personellen Vermögensverteilung. Dieser (und nur dieser!) ist es, der als zentrales gesellschaftliches Ergebnis Pikettys normative Vorschläge für die Politik begründet.

Piketty untersucht die vier Trends für die wichtigsten Industrieländer, soweit es die jeweilige Datenlage erlaubt. Seine statistische Basis beruht besonders auf Steuerdaten, die zum Teil sehr weit zurückreichen. Dies gilt besonders für Frankreich, das schon früh im Gefolge der französischen Revolution einen Quantensprung in der Einkommen- und Vermögensbesteuerung machte und deshalb auch über die historisch ergiebigsten Daten verfügt – noch vor Großbritannien, Schweden und den Vereinigten Staa-

ten. Für Deutschland und andere europäische Länder fehlt es an langfristigen Daten zur Vermögensverteilung. Was den vierten (und politisch wichtigsten) Trend der personellen Vermögensverteilung betrifft, bleibt also Pikettys Analyse auf drei europäische Länder sowie die Vereinigten Staaten beschränkt.

Im Wesentlichen ergibt sich ein ähnliches Bild für alle vier Länder, das die Trends zur Ungleichheit anscheinend bestätigt. Das 19. und frühe 20. Jahrhundert und dann wieder die Zeit seit den siebziger Jahren waren Phasen der steigenden Kapital-Einkommens-Relation, steigender Kapitalquoten, steigender Nachlass-Einkommens-Relationen sowie der zunehmenden Ungleichheit der personellen Vermögensverteilung, wobei sich Piketty vor allem auf den Anteil der Vermögen der reichsten Bevölkerungsschicht (das oberste Zehntel, Hundertstel oder Tausendstel) konzentriert und nicht, wie sonst üblich, breitere Ungleichheitsmaße wie den Gini-Koeffizienten zu Rate zieht. Dies ist nachvollziehbar, schließlich geht es ihm vor allem um die relativ kleine Gruppe der Bezieher hoher Kapitaleinkommen, die sich von der breiteren Bevölkerung, die vornehmlich von Arbeitseinkommen lebt, Schritt für Schritt entfernt. Nur für die Zeit von 1914 bis 1970 setzt sich das postulierte eherne Gesetz der kapitalistischen Marktwirtschaft nicht durch – offenbar dank anderer Kräfte, die allen vier Trends machtvoll entgegenstanden und gar zu ihrer Umkehrung führten.

Bemerkenswert ist in der Tat, wie international einheitlich die Trends sind, die Piketty aufspürt. Es gibt zwischen den Ländern Unterschiede, aber diese sind im Großen und Ganzen eher graduell als grundsätzlich – und zum Teil laufen sie sogar üblichen Vorurteilen entgegen. So wiesen zum Beispiel die europäischen Gesellschaften vor dem Ersten Weltkrieg eine noch viel ungleichere Vermögensverteilung auf als die Vereinigten Staaten, und der Grund liegt laut Piketty gerade darin, dass in einem relativ jungen Einwanderungsland vererbte Vermögen eine weit geringere Rolle spielten als in den eher traditionellen Gesellschaften Europas mit ihren lang etablierten stabilen Sozialstrukturen. Umgekehrt sieht es in den vergangenen drei Jahrzehnten aus: Die Ungleichheit nahm in den Vereinigten Staaten sehr deutlich zu, weit stärker noch als in Kontinentaleuropa, aber nur wenig stärker als in Großbritannien, das im Wesentlichen dem amerikanischen Muster gefolgt ist.

Der amerikanische und britische Sonderweg seit den achtziger Jahren bedarf deshalb einer gesonderten Erklärung. Der Autor sucht sie in der dramatischen Zunahme von „Supergehältern“ für (angestellte) Manager, also letztlich in einer Spreizung der Entlohnung zwischen Arbeitskräften – und nicht in der überproportionalen Zu-

<sup>5</sup> Der Begriff „Kapital“ ist bei Piketty sehr weit gefasst. Es geht nicht nur um den wirtschaftlich genutzten Kapitalstock, sondern um das gesamte (bewertete) Vermögen einschließlich von Grund und Boden sowie von Immobilien. Deshalb ist auch der Begriff „Kapitalintensivierung“ weit zu fassen – weiter jedenfalls als in der volkswirtschaftlichen Produktionstheorie üblich.

nahme der Kapitaleinkommen gegenüber den Arbeitseinkommen. Hier diagnostiziert Piketty eine Art Selbstbedienungsmentalität von Managern, deren Leistungen sehr schwer messbar seien und die deshalb bei Mängeln der „Corporate governance“ alle denkbaren Anreize hätten, sich als eine Art „Leistungskartell“ mit hohen Gehältern zu belohnen. Es fällt allerdings auf, dass der Autor für diese Erklärung nur wenig an zwingender Evidenz zu bieten hat: So gut belegt der Trend zu „Supergehältern“ selbst ist, so vielfältig sind die Begründungen, die sich dafür anbieten, zumal der Trend zwar in den Vereinigten Staaten und in Großbritannien besonders stark, aber ansonsten doch überall zu beobachten ist, trotz sehr großer Variationsbreite der „Corporate governance“ in den westlichen Industrieländern. Hier bleiben jedenfalls viele Fragen offen, weit mehr als für die großen wirtschaftshistorischen Räume des 19. und 20. Jahrhunderts, die der Autor so eindrucksvoll durchmisst.

Was die Zukunft betrifft, findet Piketty keinen Anhaltspunkt, warum der längst angelegte Trend zu mehr Ungleichheit gestoppt oder umgekehrt werden sollte. Im Gegenteil, er sieht alle Weichen gestellt für ein weiteres Auseinanderdriften der Einkommensbezieher und Vermögensbesitzer in immer größere Ungleichheit. Im Wesentlichen sind nach seiner Analyse zwei ökonomische Gründe die Ursache dafür:

- Die volkswirtschaftliche Wachstumsrate ( $g$ ) werde eher abnehmen als zunehmen, und zwar wegen der demographischen Entwicklung mit stagnierender oder gar zurückgehender Bevölkerung – bei gleichzeitig in etwa konstanter Rate des technischen Fortschritts, die sich in einer kontinuierlichen, aber nicht beschleunigten Zunahme der Arbeitsproduktivität niederschlägt. Vereinfacht formuliert: Bei unverändert konstantem Wachstum des Pro-Kopf-Einkommens nehme das gesamtwirtschaftliche Wachstum eher ab, jedenfalls nicht zu.
- Der Realzins ( $r$ ) bleibe in etwa im Trend unverändert. Er nehme jedenfalls nicht stärker ab als die Wachstumsrate, so dass eine substantielle Verminderung der positiven Lücke  $r > g$  nicht zu erwarten sei. Den letztlich Grund dafür sieht Piketty, produktionstheoretisch gesprochen, in einer relativ hohen Substitutionselastizität zwischen Kapital und Arbeit von größer als eins; diese sorgt dafür, dass jede Verknappung der Arbeit zu einer verstärkten Kapitalnachfrage führt (und nicht zu überproportional starken Lohnsteigerungen).

Genau diese Fortsetzung der Trends „normaler Zeiten“ in der Zukunft führt Piketty zu einer zentralen politischen Schlussfolgerung: Wie schon in der Zwischenkriegszeit

kann nur eine umfassende Umverteilung durch Steuerpolitik helfen, den Trend zu mehr Ungleichheit zu brechen oder zumindest deutlich zu mildern. Die Logik dieser Schlussfolgerung liegt auf der Hand: Ein „ehernes Gesetz“ des marktwirtschaftlichen Kapitalismus erfordere eine harte politische Hand, die gegensteuere. Immer wieder betont Piketty, dass eine solche Politik nichts anderes tut, als fundamentale gesellschaftliche Zielvorstellungen in die Praxis umzusetzen. Ganz vorne stehe dabei der weit verbreitete ethische Wunsch nach möglichst viel Ergebnisergebnisgerechtigkeit des marktwirtschaftlichen Prozesses. Dahinter steht für Piketty jenes fundamentale Leitmotiv, das eine bürgerliche Gesellschaft zusammenhält: das meritokratische Prinzip. Danach werde von einem fairen Wirtschaftssystem erwartet, dass es den Tüchtigen nach vorne bringt und nicht den Erben großer Vermögen oder den überbezahlten Manager. Geschehe dies nicht, müsse es eben die Politik leisten.

Bevor wir uns aber Pikettys normativen Vorschlägen im Einzelnen zuwenden, bedarf es einer kritischen Durchsicht seiner bisher geschilderten positiven Analyse, also vor allem der Einordnung seiner empirischen Epochenbilder der Wirtschaftsgeschichte.

## 2.2 Deutung und Kritik

„Der Weg in die Ungleichheit“: So oder ähnlich könnte man das „Gesetz“ der kapitalistischen Marktwirtschaft nennen, das Thomas Piketty in seinem Buch postuliert. Diesem Weg liegt angeblich eine zwingende Logik zugrunde, der nicht zu entrinnen ist, jedenfalls nicht ohne drastisches und radikales politisches Gegensteuern. Man reibt sich die Augen: So eine kühne These hat es schon lange nicht mehr gegeben – jedenfalls nicht in der Volkswirtschaftslehre, die in ihrem Anspruch, die Geschichte „als Ganzes“ zu erklären, eher bescheiden geworden ist. Würde er noch leben, so käme Karl Popper (1902–94), der österreichische Philosoph und Begründer des Kritischen Rationalismus, gar nicht umhin, das Buch dem *Historizismus* zuzuordnen.<sup>6</sup> Darunter verstand er jeden systematischen Versuch mit wissenschaftlichem Anspruch, aus der Geschichte eben „Gesetze“ herauszulesen, und zwar völlig egal, mit welchen Instrumenten der Forschung.

Karl Popper stand dieser Art von Geschichtsanalyse extrem kritisch gegenüber.<sup>7</sup> Er hielt den Historizismus für eine ungeheure Anmaßung von Wissen und sah ihn in

<sup>6</sup> Popper (1965).

<sup>7</sup> Popper (1965), Kapitel III und IV.

gewisser Weise als Wegbereiter totalitärer Ideologien. An den Werken von Friedrich Hegel und Karl Marx, den größten Historizisten des 19. Jahrhunderts, ließ er deshalb kein gutes Haar. Thomas Piketty verschafft dem Historizismus in der Volkswirtschaftslehre eine Renaissance. Der Anklang an Karl Marx im Titel von Pikettys Buch ist deshalb absolut gerechtfertigt, und zwar nicht nur durch den Gegenstand seiner Forschung (das Kapital) sowie die Grundrichtung der politischen Forderungen (mehr Umverteilung!), sondern auch durch den ehrgeizigen historizistischen Erklärungsanspruch. Immerhin postulierte Marx in „Das Kapital“ das berühmte „Gesetz“ der fallenden Profitrate, dessen Wirken schließlich den Kapitalismus zu Fall bringe – durch den sich zuspitzenden Konflikt zwischen dem Verwertungsinteresse des Kapitals an der Arbeit und den Bedürfnissen des Proletariats, der sich schließlich in einer Revolution entlade und dann in den Sozialismus führe. Auch diesem Gesetz war angeblich ökonomisch nicht zu enttrinnen, und nur ein gewaltiger politischer Befreiungsschlag sollte aus der Sicht von Karl Marx die Geschichte auf eine neue Bahn werfen.

Das „eherne Gesetz“ von Thomas Piketty erscheint dagegen auf den ersten Blick relativ harmlos. Es liefert eine Art „quantitativen“ Historizismus, in dem zunächst einmal mit scharfen empirischen Instrumenten – unvergleichlich schärferen, als sie Karl Marx jemals kannte – ein schleicher Trend des Kapitalismus hin zu mehr Ungleichheit und damit zur Spaltung der Gesellschaft herausgearbeitet wird. Die diagnostizierte Vermögensumverteilung von ärmeren zu wohlhabenden Gruppen der Gesellschaft, gestreckt über den Zeitraum von vielen Jahrzehnten durch das nimmermüde Wirken der Differenz zwischen Realzins und Wachstumsrate, wird wohl nur sehr viel langsamer ein revolutionäres Potenzial der Unzufriedenheit aufbauen als die grobschlächtige Ausbeutung der Arbeitskraft durch gierige Kapitalisten in der Welt des harten Klassenkampfes nach Karl Marx. Gleichwohl ist an vielen Stellen von Pikettys Buch die tiefe Sorge des Autors zu erkennen, dass die Trends, die er herausarbeitet, schließlich doch zu einer Destabilisierung des sozialen Gleichgewichts führen: Die Menschen beobachten und erleben die immer ungerechtere Verteilung, auch wenn sie vielleicht die Zahlen und Zusammenhänge nicht wirklich kennen; und sie verlangen irgendwann nach radikaler Korrektur, einfach weil ihre Vorstellungen von Fairness und Teilhabe im „weichen Klassenkampf“ der Moderne keinen Niederschlag mehr finden.

Diese Sorge des Autors gilt natürlich vor allem der Gegenwart mit ihren aus seiner Sicht beängstigenden Tendenzen und Trends. Dabei fällt allerdings auf, dass die statistische Untermauerung dieser Trends am aktuellen

Rand bei genauem Hinsehen doch bemerkenswert dünn ausfällt, jedenfalls wenn man sie an der Wucht der historizistischen These misst. Dies gilt vor allem für die politisch bedeutsamste Größe, die Entwicklung der Vermögensverteilung in den vier betrachteten Ländern, also Frankreich, Großbritannien, Schweden und die Vereinigten Staaten.<sup>8</sup>

Schaubild 1 (a-d) reproduziert diese Entwicklung mit den Originaldaten von Piketty einschließlich seiner Interpolationen zwischen den Beobachtungspunkten. Das Bild macht für alle vier Länder klar, wie Piketty zu jener Dreiteilung der Perioden kommt, die sein Buch durchzieht: einer Phase zunehmender Ungleichheit bis zum ersten Weltkrieg, einer zweiten Phase abnehmender Ungleichheit vom ersten Weltkrieg bis etwa 1970 und einer dritten Phase danach, in der die Ungleichheit nicht mehr fällt, sondern wieder steigt. Allerdings tut sie das in der dritten Phase (bis heute) mit überaus moderatem Trend. In seiner Geschwindigkeit ist dieser Trend überhaupt nicht zu vergleichen mit der drastischen Abnahme zuvor und fällt auch schwächer aus als die säkulare Zunahme, die von der Mitte des 19. Jahrhunderts an bis zum Ersten Weltkrieg zu beobachten ist. Zumindest für die beiden kontinentaleuropäischen Länder bedeutet dies, dass – selbst wenn sich der Trend fortsetzte – erst „sehr spät“ in der Zukunft mit jenem Grad an Ungleichheit der Vermögensverteilung zu rechnen wäre, wie man ihn aus dem frühen 20. Jahrhundert kennt. Für die Vereinigten Staaten wäre dagegen dieser Grad sehr viel früher erreicht, was allerdings auch daran liegt, dass dort die Ungleichheit vor dem Ersten Weltkrieg sehr viel geringer war als in Europa.<sup>9</sup> Alles in allem sind diese Ergebnisse durchaus kompatibel mit den Schlussfolgerungen, wie sie die OECD (2008, 2011) mit Blick auf die Einkommensverteilung zieht: moderate Zunahme der Ungleichheit – nicht weniger, aber auch nicht mehr.

<sup>8</sup> Kurz nach Erscheinen der englischen Übersetzung von Pikettys Buch gab es eine lebhaftige Kontroverse darüber, ob dem Autor bei der Zusammenstellung der Daten mehr oder weniger schwerwiegende Fehler unterlaufen sind, insbesondere mit Blick auf die Vermögensstatistiken für Großbritannien in den vergangenen vier Jahrzehnten. Diese Auseinandersetzung ist noch nicht zu Ende, zumal es derzeit noch keine umfassende und tiefgehende Antwort des Autors auf die technischen Details der Kritik gibt. Eine erste seriöse Bestandsaufnahme der Positionen deutet allerdings darauf hin, dass die vorgebrachten Kritikpunkte die Kernaussagen des Buches im Großen und Ganzen nicht in Frage stellen. So m.E. überzeugend *The Economist* (2014). Deshalb bleibt diese eher datentechnische und statistische Diskussion im Folgenden unberücksichtigt.

<sup>9</sup> Der Fall Großbritanniens ist insofern schwierig zu beurteilen, als die Datenlage hier besondere Probleme aufwirft und aktuell diskutiert wird (siehe Anmerkung 8).



Schaubild 1: Vermögensverteilung in vier Ländern 1810-2010

In gewisser Weise bestätigt Piketty diese Interpretation, zumindest indirekt. In einem wichtigen, aber wenig beachteten Abschnitt seines Buches – mit der Überschrift: „A Major Innovation: The Patrimonial Middle Class“<sup>10</sup> – betont er, dass es heute in den westlichen Industrienationen längst eine beachtliche Mittelklasse gibt, die eigenes Vermögen besitzt, gemessen als Anteil des Volksvermögens weit mehr als vor dem Ersten Weltkrieg. Mit anderen Worten: Es gibt eben doch einen gewaltigen Unterschied zwischen den Zuständen vor einem Jahrhundert und heute – genau das also, was man aus Schaubild 1 mit bloßem Auge herauslesen kann. Man muss es den Lesern nachsehen, wenn sie sich da doch zu fragen beginnen, wie ernst der Autor eigentlich seine eigene empirische Evidenz nimmt: Ohne große Bedenken setzt er dem „Patrimonial capitalism“ für die Zeit vor dem Ersten Weltkrieg die „Patrimonial middle class“ für die heutige Zeit entgegen und bleibt gleichwohl bei seiner Interpretation, dass die Gemeinsamkeiten in den Strukturen und Trends zwischen beiden Perioden seine starken Thesen rechtfertigen.

Wohlgemerkt: Im Fall der drei anderen volkswirtschaftlichen Trends, die Piketty untersucht – der Kapital-Einkommens-Relation, der Kapitalquote und der Nachlass-Einkommens-Relation – ist der Bruch nach 1970 deutlich ausgeprägter und führt im Ergebnis zu einem klaren neuen Trend zurück in Richtung der früheren Verhältnisse, die zum Teil sogar schon wieder erreicht sind. Dies gilt aber eben nicht für die Vermögensverteilung, der als wirtschaftlicher Ergebnisgröße und politischer Zielvariable eine besondere Bedeutung zukommt, gerade auch in Pikettys Argumentation. Anders formuliert: Wenn wir in einem Zeitalter von Kapital-Einkommens-Relationen, Kapitalquoten und Nachlass-Einkommens-Relationen leben, die hoch sind und gar noch weiter steigen, dies sich aber nur sehr moderat in einer zunehmenden Ungleichheit der Vermögensverteilung niederschlägt, dann verlieren Pikettys Trends in ihrer Gesamtheit doch viel von ihrer politischen Brisanz. Denn offenbar führen dann die Mechanismen der „Kapitalintensivierung“, die Piketty identifiziert, keineswegs in wenigen Jahrzehnten zu einer segmentierten Vermögensspaltung der Gesellschaft in „Reich“ und „Arm“. Es bleibt also hier eine wesentliche und wichtige Frage offen. Klar ist allerdings eines: Den Trend zu weniger Ungleichheit, der 1914 bis etwa 1970 dominierte, gibt es seither nicht mehr. Wir nähern uns – wenn auch möglicherweise sehr langsam – den Verteilungsverhältnissen des späten 19. und frühen 20. Jahrhunderts wieder an.

<sup>10</sup> Piketty (1914), S. 260–2, wo der Autor auf seine Tabellen 7.1–7.3, S. 247–9, rekurriert.



Gerade jene Epoche gilt dem Autor immer wieder als zentraler Vergleichsstandard. Schaubild 1 (a-d) macht deutlich, warum: Es ist genau jene Phase der Geschichte, an deren Ende die Ungleichheit der Vermögen einen ersten und den bisherigen Höhepunkt erreichte. Tatsächlich betrachtet Piketty das Europa der Jahrhundertwende und mit gewissen Abstrichen auch das Amerika jener Zeit als eine tief gespaltene Gesellschaft. Mehrmals stellt sich Piketty die bange Frage, was vor allem in Europa alles passiert wäre, hätte nicht der Erste Weltkrieg mit seinen tiefgreifenden politischen und wirtschaftlichen Folgen einen kompletten Trendbruch bewerkstelligt. Wo hätten die Trends der Jahrhundertwende die europäischen Gesellschaften nur hingeführt? In eine immer größere Spreizung der Vermögensverteilung und somit immer größere soziale Spannungen? Schließlich doch in eine Revolution?

Genau in dieser Ex-post-Sorge zeigt sich sehr deutlich die enge Grenze des Verständnisses geschichtlicher Prozesse, wie sie einer quantitativ-historizistischen Analyse im Stile Pikettys innewohnt. Beobachtete Trends vermitteln oft in ihrer Eindimensionalität eine Botschaft, die der komplexen historischen Wirklichkeit überhaupt nicht gerecht wird. So auch hier. Man erinnere sich doch nur: Die Jahrzehnte vor dem Ersten Weltkrieg – in Frankreich liebevoll „Belle Epoque“ genannt – waren in Europa und den Vereinigten Staaten Zeiten mit kraftvollem Wachstum der Volkswirtschaften, stark steigender Verflechtung des Welt Handels, aufblühender Innovationskraft der Industrie, grandiosen Erfolgen der Wissenschaft, massiven Investitionen in die Infrastruktur durch den Staat und die Kommunen sowie großartiger privater und öffentlicher Bautätigkeit, die fast alle expandierenden Städte, aber vor allem die großen Metropolen Berlin, London, Paris und Wien grundlegend veränderte und im Erscheinungsbild neu prägte. Dabei profitierte von dieser Dynamik im Bewusstsein der Menschen keineswegs nur eine dünne Oberschicht, also die Top-10 oder Top-1 Prozent aus Schaubild 1 (a-d). Zwar bereiteten die fortschreitende Industrialisierung und Urbanisierung zweifellos soziale Probleme zuhauf, aber offenbar verbesserte das kräftige Wachstum letztlich doch den Lebensstandard auch der breiten Massen und machte den Menschen Hoffnung, dass es in der Zukunft so weitergehen werde. Im Vordergrund der Wünsche stand eben nicht, mit aller Macht und Gewalt die zunehmende Ungleichheit der Vermögensverteilung zu beseitigen. Es ging den Menschen viel mehr um die verbesserten Lebenschancen, die das wirtschaftliche Wachstum bot, und zwar absolut und nicht relativ.

Wohl gemerkt: Dieses Epochenbild lässt sich in sehr ähnlicher Weise für alle großen Industrieländer in den Jahrzehnten vor dem Ersten Weltkrieg zeichnen. Das repu-

blikanische Frankreich der Belle Epoque, das wilhelminische Deutschland, das Österreich des späten Kaisers Franz Joseph, das Vereinigte Königreich der späten Victoria, von Edward VII sowie des frühen Georg V und erst recht die Vereinigten Staaten des „Gilded Age“ – das waren allesamt keine sozialen Pulverfässer, die aufgrund zunehmender Spannungen zwischen Arm und Reich zu explodieren drohten. Im Gegenteil, es waren Gesellschaften, in denen die unteren Schichten zunehmend erfolgreich waren und begannen, ihren festen anerkannten Platz im sozialen Gefüge zu finden, und zwar mit Perspektive nach oben. Der einsetzende politische Kraftgewinn der Gewerkschaftsbewegungen und der sozialdemokratischen Parteien fällt genau in diese Zeit. Und ebenso der Wertewandel der Arbeiterschaft hin zu den Zielen und Vorstellungen des Besitzbürgertums, am augenfälligsten zu besichtigen in Küsnacht bei Zürich in Gestalt einer repräsentativen Villa, die der in aller Welt verehrte deutsche „Arbeiterkaiser“ August Bebel aus Eigenmitteln für seine Familie bauen ließ.

Man ist versucht, im Anblick von Pikettys Grafiken auszuruhen: War das denn alles wirklich so schlimm? In jedem Fall ist die „Verteilungsfrage“, wie sie sich in der Zeit vor dem Ersten Weltkrieg zuzuspitzen scheint, als wirtschaftliches, soziales und politisches Problem sehr viel differenzierter zu sehen, als dies Piketty mit seiner Analyse suggeriert. Tatsächlich unterläuft dem Autor ein ganz ähnlicher Fehler, wie er ihn dem modernen „Mainstream“ der Wirtschaftswissenschaft vorwirft: Er vernachlässigt völlig die breitere sozialwissenschaftliche Dimension, die bei der Analyse der Zeit vor dem Ersten Weltkrieg unabdingbar ist, um die einfache Botschaft von Verteilungsmaßen überhaupt vernünftig einordnen zu können. Von einem tieferen Verständnis der Geschichte im Stile von Fernand Braudel oder Max Weber ist er sehr weit entfernt – mindestens so weit wie die von ihm kritisierte moderne Wirtschaftstheorie von den Herausforderungen der Moderne.

Auch der anschließende Trend zu mehr Gleichverteilung, eingeleitet durch den Ersten Weltkrieg, muss mit äußerster Vorsicht interpretiert werden – gewissermaßen mit umgekehrtem Vorzeichen. Tatsache ist doch: Millionen Menschen starben im Krieg 1914–18, und die Knappheit an Arbeitskräften, die in praktisch allen Ländern zur drastischen Verbesserung der Verhandlungsposition der Gewerkschaften und zu steigenden Löhnen führte, war vor allem das Ergebnis der Mobilisierung und Aufrüstung sowie des Massensterbens durch Krieg, Krankheit und Unterernährung. Es folgten dann tatsächlich, wie Piketty betont, in fast allen europäischen Ländern und den Vereinigten Staaten zwei Jahrzehnte der Reformen, die fast durchweg

in Richtung höherer (und progressiverer) Besteuerung und Ausbau des Sozialstaats gingen – zunächst stärker in Europa, in den dreißiger Jahren im New Deal auch in den Vereinigten Staaten. Aber fast gleichzeitig kam es – nach einem vorübergehenden Boom in den späten zwanziger Jahren – zum wahrlich katastrophalen Einbruch der Kapitalwerte im Zuge der Weltwirtschaftskrise 1930–32. Die Kapital-Einkommens-Relation und die Kapitalquote gingen drastisch zurück. All dies traf natürlich die Bezieher von Kapitaleinkünften sowie die Besitzer großer Vermögen weit überproportional, und die Vermögensverteilung wurde dadurch gleicher. Es war allerdings der größte Pyrrhus-Sieg, den man sich aus egalitärer Sicht vorstellen könnte. Sein ökonomischer Kollateralschaden – das realwirtschaftliche Gegenbild der Finanzmarkteinbrüche – war eine extrem hohe Arbeitslosigkeit und Verelendung breiter Massen. Es folgte schließlich ein weiterer Weltkrieg, der wiederum Millionen Menschen das Leben kostete und einen grausamen humanitären Tiefpunkt, den Holocaust, mit sich brachte.

Man muss dies so drastisch formulieren, um deutlich zu machen, wie wenig „Wohlfahrtsgehalt“ die Angleichung der Vermögensverteilung hat, die Piketty für diese furchtbare Zeit der Wirren ermittelt. Makroökonomische Katastrophen verknüpfen die Schicksale von Kapitalbesitzern und Arbeitskräften stärker als normale Verhältnisse, aber in der Vermögensverteilung schlagen sie sich asymmetrisch nieder, und zwar zu Lasten der relativ wohlhabenden Kapitalbesitzer. Natürlich weiß dies Piketty. Umso merkwürdiger mutet es an, wenn er recht detailliert die finanz- und steuerpolitischen Schritte verschiedener französischer Regierungen in den zwanziger und dreißiger Jahren unter die Lupe nimmt, um zu zeigen, dass seinerzeit die Politik durch Reformen tatsächlich die Einkommens- und Vermögensverteilung beeinflussen konnte.<sup>11</sup> Piketty unterstellt eine Art „Separierbarkeit“ der wirtschaftlichen Gesamtumstände und der politischen Weichenstellungen: Selbst in extremen makroökonomischen Schieflagen mit massivem Einfluss auf die Vermögensverteilung wäre dann noch immer identifizierbar, was genau die kleinteilige Steuer- und Sozialpolitik an Umverteilung leisten kann. Vielleicht stimmt das sogar. Für die großen Entwicklungslinien der Vermögensverteilung in der Zwischenkriegszeit ist es aber doch wenig aussagekräftig.

Im Ergebnis gleich, aber fast spiegelbildlich im Bild der Abläufe stellt sich die Zeit nach dem Zweiten Weltkrieg bis in die frühen siebziger Jahre dar. Es ist die Phase des überaus kräftigen Wachstums in Europa – des „Wirtschafts-

wunders“ in Deutschland und der „Trentes Glorieuses“ in Frankreich. Es ist auch eine Zeit, in der die Arbeitskräfte knapp werden und die Regierungen eine Wirtschafts- und Steuerpolitik betreiben, die eher in Richtung mehr keynesianischer Steuerung und mehr Umverteilung geht. Alles spricht hier für eine Tendenz zur stärkeren Angleichung der Vermögensverteilung, und dies zeigt sich auch eindeutig in der Statistik. Wichtig ist allerdings, den Unterschied zwischen den beiden Phasen 1914–45 und 1945–70 klar im Auge zu behalten: In der ersten Phase ist die „treibende Kraft“ der Zusammenbruch der Kapitalrenditen bei schwachem Wachstum, in der zweiten Phase die machtvolle Wiederkehr des Wachstums bei durchaus guten Kapitalrenditen.<sup>12</sup> Im Nachhinein betrachtet gehören die beiden Phasen tatsächlich zusammen: als Zeiten der Krise und der anschließenden Erholung, wie der Abstieg in ein tiefes Tal und der anschließende Wiederaufstieg. Auch wachstumsökonomisch – ganz im Sinne eines simplen neoklassischen Wachstumsmodells à la Solow (1956) – lassen sie sich plausibel einordnen: als historisch dramatische, aber letztlich vorübergehende Abweichung von dem Steady-state-Potenzialpfad des Wachstums, wie er durch die Entwicklung von Bevölkerungsgröße und Technologie bestimmt ist. Also: in der Zwischenkriegszeit eine Wirtschaftsleistung, die zum Teil weit unterhalb des Potenzials liegt, und danach eine Erholung, die in zwei Jahrzehnten wieder zum Potenzial zurückführt. Dies gilt allemal für Europa, aber auch – mit etwas geringeren Ausschlägen – für die Vereinigten Staaten.

Es ist Pikettys großes Verdienst empirisch nachzuweisen, dass am Ende des Wiederaufstiegs Anfang der siebziger Jahre die Vermögensverteilung sehr viel weniger ungleich ausfiel als zwei Generationen zuvor. Piketty führt dieses Verteilungsergebnis allerdings im Wesentlichen auf das Wirken der Politik zurück. Eine Art sozialdemokratischer Zeitgeist sorgte fast überall für höhere und progressivere Besteuerung, für einen Ausbau des Sozialstaats, für generell mehr Staat und weniger Markt. Darin liegt er sicherlich nicht ganz falsch, aber er vernachlässigt einen ganz wesentlichen Bestimmungsgrund der Verteilung: die zunehmende Knappheit an Arbeitskräften. Tatsächlich sorgte das starke Wirtschaftswachstum zwischen dem Ende des Zweiten Weltkriegs und der ersten Ölkrise 1973 nicht nur dafür, dass die Differenz zwischen Realzins und Wachstumsrate deutlich schrumpfte bzw. negativ wurde. Vielleicht noch wichtiger war, dass sich spätestens ab Mitte der

<sup>11</sup> Piketty (2014), S. 284–6.

<sup>12</sup> Wiederum sind die Ähnlichkeiten der nationalen Entwicklung weit stärker als die Unterschiede, vor allem in Europa. Siehe dazu die Beiträge in Crafts, Toniolo (1996).

fünfziger Jahre infolge der Vollbeschäftigung die Verhandlungsposition der Arbeitnehmer drastisch verbesserte – mit dem Ergebnis, dass die Reallöhne kräftig anzogen, vor allem in den sechziger und frühen siebziger Jahren, als aus demographischen Gründen auch das Potenzial der Arbeitskräfte vorübergehend schrumpfte. Es bahnte sich deshalb eine durchaus massive Korrektur der Einkommens- und damit auch der Vermögensverteilung an, und zwar nicht durch staatliches Handeln, sondern durch marktwirtschaftliche Anpassung. Deutlichster Indikator dafür ist der international hochkorrelierte Anstieg der Lohnquoten, der in jener Zeit zu beobachten ist.<sup>13</sup>

Es ist merkwürdig, dass Piketty den Zuständen am Arbeitsmarkt – anders als den Entwicklungen in der Politik – kaum Beachtung schenkt. So enthält das Register seines Buches weder einen Eintrag für „Employment“ noch für „Unemployment“. Lediglich ein Eintrag „Unemployment insurance“ ist zu finden, und dieser bezieht sich auf eine einzige Stelle des Buches, und zwar erst im vierten (politischen) Teil. In der Analyse der Entwicklung der Verteilung spielt die Lage am Arbeitsmarkt kaum eine Rolle. Dies ist ein schwerwiegendes Manko, und zwar nicht nur für das Verständnis des egalitären Trends der fünfziger und sechziger Jahre bis hin zur ersten Ölkrise 1973. Schlimmer noch wiegt es für die Erklärung des fundamentalen Trendbruchs in den siebziger Jahren. Immerhin wird exakt zu jener Zeit die chronische Arbeitslosigkeit in den westlichen Industrieländern – und vor allem in Europa – zur gesamtwirtschaftlichen Normalität. Dafür waren seinerzeit zwei Entwicklungen maßgebend: die ruckartige industrielle Schrumpfung infolge zunächst einer ersten und dann wenige Jahre später einer zweiten Ölkrise; und das eher graduelle, aber nachhaltige Hineinwachsen der zwischen 1955 und 1970 geborenen Babyboomer-Generation in den Arbeitsmarkt, der bei weitem zahlenstärksten Generation in fast allen Industrieländern. In Deutschland kam dann noch von 1990 an die deutsche Wiedervereinigung hinzu. Sie warf eine zusätzliche Generation von Babyboomern auf den Arbeitsmarkt, die vorher hinter dem Eisernen Vorhang verborgen geblieben waren, und diese kamen praktisch ohne jeden modernen Kapitalstock, den ein globalisiertes Industrieland verlangt.<sup>14</sup>

Es liegt eigentlich sehr nahe, die Entwicklung der Einkommens- und Vermögensverteilung seit den siebziger Jahren im Lichte genau dieser Entwicklungen am Arbeitsmarkt zu interpretieren. Der Befund ist ein chronisches

Überangebot an Arbeitskräften bei gleichzeitiger Knappheit an Kapital, also eine geradezu „ideale“ Konstellation für eine Spreizung der Verteilung von Einkommen und Vermögen ganz im Sinne von Pikettys Analyse. Aus der volkswirtschaftlichen Vogelperspektive haben deshalb die vergangenen Jahrzehnte tatsächlich eine gewisse Ähnlichkeit mit der Zeit vor dem Ersten Weltkrieg: Damals gab es, in marxistischer Terminologie formuliert, eine industrielle Reservarmee von Menschen auf dem Land, die gerne in die urbanen Zentren zogen, um industrielle Jobs zu übernehmen, die deutlich besser bezahlt wurden als die Tätigkeit in der Landwirtschaft. Dass die Menschen sich dazu so gern bereitfanden, die Elastizität des Arbeitsangebots also hoch war, sorgte allerdings dafür, dass die Knappheitsrenten auf der Seite des Kapitals (und nicht der Arbeit) anfielen – mit dem Ergebnis zunehmender Ungleichheit der Einkommensverteilung. Seit Mitte der siebziger Jahre sorgte dagegen die chronische Arbeitslosigkeit überall für einen permanenten Druck auf die Lohnentwicklung – mit dem bekannten Ergebnis, dass sich die Einkommens- und Vermögensverteilung wieder auseinanderentwickelte.

Warum lässt Piketty den Arbeitsmarkt außer Acht? Wahrscheinlich liegt der Grund in einer spezifischen produktionstheoretischen Annahme, die er ausführlich begründet, um die traditionelle Vorstellung einer Cobb-Douglas-Produktionsfunktion mit über lange Zeiträume konstanten Lohn- und Kapitalquoten zu widerlegen. Konkret nimmt Piketty (2014, S. 216–24) an, dass die Substitutionselastizität zwischen Kapital und Arbeit deutlich größer als eins ist, also Kapital und Arbeit zumindest langfristig relativ leicht gegeneinander ersetzbar sind. Dies hilft ihm zu erklären, warum bei knapper Arbeitskraft, die teurer zu werden droht, auch bei reichlich vorhandenem Kapital die Kapitalrenditen nicht ins Bodenlose sinken – eben weil es auf breiter Front zur Kapitalintensivierung durch „Rationalisierung“ der Produktionsprozesse kommt. Er stützt sich dabei auf ökonometrische Studien, die Schätzergebnisse der Substitutionselastizität von größer als eins liefern.

Es bleibt allerdings die Frage, ob diese Schätzergebnisse wirklich das Gesamtbild der relevanten wirtschaftshistorischen Realität angemessen abbilden können. Täten sie es nämlich, hätte es eigentlich in den vergangenen Dekaden kein chronisches Problem der Arbeitslosigkeit in den Ländern Westeuropas geben dürfen. Die reichliche Verfügbarkeit von Arbeitskräften hätte sehr leicht zu einer Senkung der Kapitalintensität der Produktion und damit zur Reintegration der Arbeitskräfte führen müssen, was so aber nicht geschah – trotz empirisch deutlich erkennbarem Drucks auf die Lohnhöhe. Stattdessen erwies sich der Anpassungsprozess als überaus zäh und langwierig, was eher für eine deutlich niedrigere Substitutionselastizität

<sup>13</sup> Dazu im Detail Giersch, Paqué, Schmieding (1994), Kapitel 4 A und 5 A.

<sup>14</sup> Dazu Paqué (2009), Kapitel 3.

spricht.<sup>15</sup> Die Erfahrung Deutschlands erscheint in dieser Hinsicht paradigmatisch: Erst nach einer außerordentlich langen Phase der Senkung der Lohnstückkosten – von Mitte der achtziger bis Mitte der 2000er Jahre – gelang eine deutliche Belebung des Arbeitsmarkts mit substanzieller Zunahme der Beschäftigung und Abnahme der Arbeitslosigkeit.<sup>16</sup> Was an Anpassungen in Deutschland und einigen anderen Ländern Nordwesteuropas bereits durchlaufen ist, steht in den Ländern Südeuropas noch aus bzw. vollzieht sich derzeit im Gefolge der Euroschuldenkrise.

Gerade die Erfahrungen der vergangenen vier Jahrzehnte sprechen also nachdrücklich dafür, dass Phasen der Arbeitslosigkeit auch Phasen der Umverteilung von Arbeitnehmern zu Kapitalbesitzern sind, und zwar als eine Art natürlicher Prozess der Verlagerung von Knappheitsrenten. Wenn dies aber so ist, so hat dies weitreichende Konsequenzen für den Blick in die Zukunft. Denn im Zuge der demographischen Entwicklung werden in den kommenden Jahrzehnten sehr geburtenstarke Jahrgänge – eben die Babyboomer – aus dem aktiven Arbeitsleben ausscheiden. Es wird dann zu einer Verknappung der Arbeitskraft kommen, ähnlich wie in den fünfziger und sechziger Jahren. In Deutschland ist dieser Trend im Ansatz bereits heute erkennbar, genauso wie in Österreich, der Schweiz, Dänemark, Finnland und Schweden, die derzeit ein krisenfreies Wachstum erleben. Dort sind in jüngster Zeit die Reallöhne kräftig gestiegen. In den Krisenländern der Eurozone wird dieser Trend dagegen von massiven makroökonomischen Störungen überlagert. Erst nach Auslaufen der Schuldenkrise dürften sich dann auch dort die demographischen Kräfte bemerkbar machen und zu einer Umverteilung zu Gunsten des Faktors Arbeit führen.

Allein die demographische Entwicklung setzt also ein großes Fragezeichen hinter Pikettys Prognose einer zunehmenden Schere zwischen den Beziehern von Kapital- und Arbeitseinkommen. Denn Arbeit wird knapp und damit teuer, wohl deutlich teurer als in der Vergangenheit. Hinzu kommt, dass vieles darauf hindeutet, dass Kapital eher billig wird und auf lange Sicht relativ niedrige Renditen erzielt. Der Grund liegt in einer globalen Kapitalschwemme („Savings glut“), die seit einigen Jahren zu beobachten ist.<sup>17</sup> Ihre Ursachen sind zweigeteilt: Zum einen sorgt überall die demographische Entwicklung mit zunehmender Lebenserwartung für eine größere Sparbereitschaft, zum anderen erweist es sich für schnell wachsende Entwicklungs- und Schwellenländer als außerordentlich schwie-

rig, für Finanzkapital die nötige Bonität (Triple-A-Status) zu erreichen, um das überschüssige Kapital zu absorbieren. Beide Ursachen sind weltwirtschaftsgeschichtlich neu. Niemals zuvor hat es einen globalen Alterungsprozess wie heute gegeben; und niemals zuvor – auch nicht im 19. Jahrhundert – gab es eine derart große Diskrepanz zwischen dem überaus schnellen Wachstum großer Nationen, die sich industrialisieren, und ihrer Fähigkeit, durch interne Reformen glaubwürdige Institutionen aufzubauen, die auch für ausländische Anleger attraktiv sind. Gerade die globale Industrialisierung und Integration der Kapitalmärkte könnte also für sehr niedrige Realzinsen sorgen. Eine simple Trendfortschreibung, wie sie Piketty vornimmt, ist also gerade heutzutage nicht angemessen.

Fazit: Die „ehernen Gesetze“ von Thomas Piketty werden in den nächsten Jahren und Jahrzehnten wohl einer recht harten empirischen Prüfung unterzogen. Was wie ein stabiler Trend über Jahrzehnte aussieht, das wird sich vielleicht doch als zeitgebundenes Phänomen herausstellen, das sich aus einer bestimmten historischen Konstellation ökonomischer Bedingungen ergibt. Dies ist eben die Crux des Historizismus: Es fehlt ihm an der nötigen Phantasie, sich Mechanismen der Anpassung vorzustellen, die das gesellschaftliche System auf einen neuen Gleichgewichtspfad zurückführen. Genau dies war der Kern der Kritik von Karl Popper an Karl Marx, und sie gilt – mutatis mutandis – auch für den kühnen historizistischen Entwurf von Thomas Piketty.

So ungewöhnlich Pikettys Historizismus auch erscheinen mag, vielleicht ist er ein spätes Ergebnis eines herrschenden Zeitgeistes, gewissermaßen dessen intellektueller Gipfel. Es ist der neue Zeitgeist einer politischen Linken, der seit einigen Jahren in Europa und den Vereinigten Staaten um sich greift. Man könnte ihn mit einem Schuss freundlicher Ironie die Nostalgie der Babyboomer-Generation nennen. Die wertprägende Kindheit dieser Generation – allerdings nicht die des jüngeren Piketty – fiel noch weitgehend in jene wunderbare Welt von schnellem Wachstum und automatischem Trend zur Gleichheit, wie er sich noch bis in die siebziger Jahre zeigte. Das berufliche Leben und die gesellschaftliche Auseinandersetzung dieser Generation fanden aber dann in einer Welt statt, in der selbst enorme Anstrengungen der Menschen und der Politik bis heute nicht genügten, die – allerdings moderaten – Trends zur Ungleichheit umzukehren. Die Folge war, dass Träume irgendwann zerplatzten: in den Vereinigten Staaten der typisch amerikanische Traum vom Aufstieg durch eigene Leistung in einen Mittelstand, der immer breiter wird; und in Deutschland (und Europa insgesamt) der sozialdemokratische Traum einer Gesellschaft der umfassenden Teilhabe am wirtschaftlichen Fortschritt.

<sup>15</sup> Paqué (2012), Abschnitt 1.4.

<sup>16</sup> Paqué (2012), Kapitel 2.

<sup>17</sup> Dazu insbesondere von Weizsäcker (2011; 2014).

Wohlgemerkt: Die Träume haben sich recht lange gehalten, aber heute, wo wir uns dem späten Höhepunkt der beruflichen Babyboomer-Karrieren nähern, schlägt deren Erfahrung dann doch in eine Art intellektuelle Frustration um. Zu Recht betonen die Sprecher dieser Generation dabei das eigentlich Selbstverständliche, nämlich dass eine Rückkehr zum Wachstums- und Verteilungsparadies der Nachkriegsjahrzehnte unmöglich ist. Andererseits fehlt ihnen völlig die Phantasie, sich eine neue Welt mit – demographisch bedingt – veränderten Knappheiten überhaupt vorzustellen. Es bleibt dann nichts als die flehentliche Warnung vor dramatischen Entwicklungen und die düstere Fortschreibung der Trends der Vergangenheit. Eine „endogene“ Anpassung des Systems dagegen ist für sie ausgeschlossen, eben weil sie die Vergangenheit der letzten Jahrzehnte als ein Scheitern an den Herausforderungen interpretieren. Entsprechend radikal fallen ihre typischen politischen Vorschläge zur Systemanpassung aus: als „große Transformation“, ökologisch und sozial.<sup>18</sup>

## 3 Der Jakobiner

### 3.1 Meritokratische Besteuerung

Thomas Piketty belässt es nicht bei einer Analyse der Zustände und dem Blick in die Zukunft. Er macht auch konkrete politische Vorschläge, wie dem Trend hin zu immer mehr Ungleichheit begegnet werden kann. Seine Antwort ist einfach, klar und radikal: durch drastisch höhere Steuern. Wichtigste Instrumente liefern ihm die Einkommensteuer, die Vermögensteuer sowie die Erbschaft- und Schenkungsteuer. Zentrale Eckpunkte seiner Empfehlungen sind:

- eine progressive Einkommensteuer, deren Tarif für sehr hohe Einkommen (von etwa 500.000 oder einer Million Dollar Jahreseinkommen an) einen maximalen Grenzsteuersatz von mehr als 80 Prozent festlegt,
- eine progressive Vermögensteuer von ein bis zwei Prozent, jährlich zu erheben auf den Marktwert des Vermögens, und
- eine progressive Erbschaft- und Schenkungsteuer für große Nachlässe mit einem maximalen Grenzsteuersatz von mehr als 80 Prozent, analog zur Einkommensteuer.

Zur Vermeidung von internationalen Vermögensverlagerungen schlägt Piketty vor, eine globale Kapitalertragsteuer einzuführen und für die Steuerbehörden die nötige Transparenz durch umfassenden Datenaustausch zu gewährleisten. Kurzum: ein möglichst lückenloses System der kompletten Erfassung und Besteuerung von Einkommen, Vermögen und Erbschaften – mit dem expliziten Sonderziel, hohe Kapitalwerte und Kapitalerträge zu identifizieren und sie der Besteuerung zu unterwerfen.

Eine globale Besteuerung nach diesem Masterplan ist derzeit als politische Zielgröße vollkommen unrealistisch und auch steuertechnisch gar nicht so einfach umzusetzen. Das weiß natürlich auch Piketty. Er belässt es deshalb auch beim „Grand design“, ohne sich in jene Detailarbeit zu stürzen, die er bei der überaus informativen Analyse früherer und heutiger Steuersysteme in seinem Buch ansonsten durchaus nicht scheut.<sup>19</sup> Es geht ihm offenbar bei seinem Reformvorschlag gar nicht um kurz- und mittelfristige Politik in der Welt, wie sie derzeit ist, sondern um eine Art wohldefinierte Benchmark, an der sich die Politik langfristig orientieren sollte. Wenn es zum Beispiel nicht zu Fortschritten in der globalen Koordination der Besteuerung kommt, sollte laut Piketty wenigstens Europa vorangehen – trotz fortbestehender Steueroasen in der übrigen Welt, die dann mit den üblichen Instrumenten des politischen Drucks und der Diplomatie bekämpft werden könnten.

Eine kritische Würdigung von Pikettys Ideen muss sich deshalb auf das beschränken, was er tatsächlich liefert: ein Gerüst für eine Besteuerung, die in erster Linie darauf gerichtet ist, das Entstehen großer Vermögen in privater Hand zu unterbinden. Es geht ihm dabei weniger

<sup>18</sup> Tief geprägt von dieser Geisteshaltung sind u.a. viele Minderheitsvoten der politischen Linken im Schlussbericht der Enquete-Kommission Wachstum, Wohlstand, Lebensqualität, der 2013 nach zweieinhalbjähriger Arbeit der betreffenden Enquete-Kommission vorgelegt wurde (Deutscher Bundestag 2013). In dieser Kommission, in der ich selbst als von der FDP nominiertes Sachverständigen Mitglied war, gab es eine breite Minderheit – getragen vor allem von Abgeordneten und Sachverständigen der damaligen parlamentarischen Opposition (bestehend aus SPD, Grüne und Die Linke), die eine „Große Transformation“ ökologischer und sozialer Art forderten oder nahelegten, getragen vom Staat. Dagegen wurden marktbedingte Anpassungen an die neuen Knappheiten am Arbeits- und Kapitalmarkt sowie im Umgang mit nicht-erneuerbaren Ressourcen und dem Klimawandel als wichtige Trendveränderung in der Diagnose weitgehend ausgeblendet. Auf Seiten der Abgeordneten und Sachverständigen der damaligen Regierungsparteien (CDU/CSU und FDP), die im Wesentlichen den Mehrheitsbericht mittrugen, war das Bild erheblich differenzierter.

<sup>19</sup> Aus diesem Grund wird hier darauf verzichtet, die praktische Frage zu stellen, wie genau die Berechnung der Verkehrswerte für die Vermögensteuer sowie für die Erbschaft- und Schenkungsteuer vorgenommen werden könnte. Gerade der hohe regelmäßige Verwaltungsaufwand wegen der komplexen Berechnungs- und Schätzmethoden ist vor allem bei der Vermögensteuer ein typisches Argument dagegen, sie überhaupt zu erheben.

um die fiskalische Ergiebigkeit eines solchen Steuersystems, obgleich er diese – wenn sie sich ergibt – sehr gerne billigend in Kauf nimmt, da sie die Finanzierung wichtiger gesellschaftlicher Aufgaben wie der (gebührenfreien) Schul- und Hochschulbildung sicherlich erleichtern würde. Pikettys Hauptziel ist aber ganz klar ein anderes. Es geht ihm darum zu verhindern, dass Ungleichheiten in der Gesellschaft entstehen und sich verfestigen. Hierzu dienen ihm hohe progressive Einkommensteuern, die schon die Akkumulation großer Vermögen frühzeitig unterbinden; progressive Vermögenssteuern, die das Wachstum einmal entstandener Vermögen vor allem bei steigenden Kapitalwerten scharf abbremsen; und progressive Erbschaft- und Schenkungssteuern, die den Transfer großer Vermögen zwischen Generationen drastisch beschränken.

Pikettys Programm ist ohne Frage konsequent. Seine ethische Grundidee schimmert an vielen Stellen des Buchs auf. Es geht ihm um die Rückkehr zu einer Meritokratie, also einer Gesellschaft, in der die Arbeitsleistung für die Wirtschaft und die Gesellschaft die Wohlstandsposition des Einzelnen bestimmt – und nicht die Höhe des ererbten oder durch Zufall erworbenen Vermögens, das mehr oder weniger von allein Erträge abwirft, möglicherweise mit der Unterstützung cleverer und teurer Berater. Aus seiner Sicht ist die moderne kapitalistische Marktwirtschaft zu einer Art „Rentierwirtschaft“ verkommen. Schuld daran ist laut Piketty vor allem der globale Siegeszug einer Marktideologie, wie sie in den achtziger Jahren durch die Politik Ronald Reagans in den Vereinigten Staaten und Margaret Thatchers in Großbritannien ausging. Diese steuerpolitische „Konterrevolution“ habe ein Großteil der sozialdemokratischen und sozialistischen Errungenschaften aus der Zwischen- und Nachkriegszeit wieder rückgängig gemacht. Bereits existierende – und zum Teil scharf progressive – Steuersysteme seien in ihrer Umverteilungswirkung massiv abgeschwächt worden. Dies habe zur Spaltung der Gesellschaft geführt: durch ungehinderte Vermögensvermehrung der Reichen über die Kapitalmärkte und durch rücksichtslose Erhöhung von Managergehältern, die aus Pikettys Sicht durch die Steuerreformen noch geradezu gefördert wurde, weil die Zuwächse ungehindert in privaten Taschen und nicht beim Fiskus landeten.

Rückkehr zur Meritokratie heißt also aus Sicht von Piketty, diese „Konterrevolution“ möglichst vollständig zurückzudrehen. Er meint das bitterernst. Für ihn steht die Stabilität der westlichen Demokratien und ihrer marktwirtschaftlichen Ordnung auf dem Spiel. Es ist wirklich nicht übertrieben, Piketty in diesem Sinne einen „Jakobiner“ zu nennen. Aus seiner Grundhaltung spricht der gleiche Wille zur radikalen Veränderung, wie er sich in den großen Gestalten der französischen Revolution wiederfindet – da-

mals im Kampf gegen die Privilegien der etablierten Standesgesellschaft. Pikettys Kampf richtet sich gegen das, was er als die Privilegien einer etablierten Schicht von Kapitalisten ansieht, die nicht mehr für ihr Geld arbeiten und etwas leisten, ganz so wie die Schicht der adligen Herrschaften und Höflinge im „Ancien régime“ vor 1789. Im Unterschied zu früheren Generationen von Sozialisten will er allerdings keine Abschaffung der Marktwirtschaft als Instrument der Koordination des Wirtschaftslebens, wohl aber eine massive Korrektur der Ergebnisse des liberalen Wirtschaftssystems einschließlich seiner Kapitalmärkte. Es geht ihm in seinem jakobinischen Programm um die Rückkehr zu einer echten Leistungsgesellschaft, so wie er sie versteht.

### 3.2 Kritische Würdigung

Die Kernfragen lauten deshalb: Was genau ist eine Leistungsgesellschaft? Und was genau sind ihre Werte? Der Autor beantwortet diese Fragen nicht wirklich ernsthaft, und das ist auch durchaus verständlich, denn er hat ein Werk der empirischen Geschichts- und Sozialforschung vorgelegt und kein sozialphilosophisches Traktat. Immerhin gibt es in einigen Abschnitten des Buches zumindest implizite Hinweise darauf, was er als das Gegenteil einer Leistungsgesellschaft ansieht. Es sind jene Passagen, in denen er ausgiebig Honoré de Balzac zitiert – mit Blick auf die Wertesysteme der vor- bzw. frühindustriellen Gesellschaft des frühen 19. Jahrhunderts in Frankreich.

Pikettys Botschaft ist dabei ganz einfach: In jener Welt war es für einen jungen begabten Mann wichtiger (präzise formuliert: rentabler), reich zu heiraten, als in gleich welchem Beruf einen Aufstieg zu versuchen, und sei es als hochgebildeter Beamter oder Angestellter. Der Grund lag in der ungeheuren Größe der akkumulierten Vermögen im Vergleich zu den Einkommen, die selbst sehr gut bezahlte Arbeitskräfte bei bestmöglicher Karriere erzielen konnten. Diese Welt war demnach alles andere als eine Meritokratie und aus Pikettys Sicht moralisch abstoßend, wenn auch literarisch ergiebig. Es war eine Welt, in der die bürgerliche Leistungsmotivation keineswegs in die richtige Richtung der Produktivität für die Gesellschaft gelenkt wurde, auch wenn so manche allzu verklärende Geschichtsschreibung dies im Nachhinein gerne übersieht. Für Piketty ist diese Welt eine Art historisches Menetekel für unsere moderne Welt, in der immer stärker das ererbte Vermögen und immer weniger die Arbeit durch eigene Leistung die soziale Stellung bestimmt.

Soweit Piketty. Genau an dieser Stelle irrt er gewaltig. Er übersieht, dass die moderne Gesellschaft mit ihren Ver-

mögensungleichheiten fundamental anders umgeht als die Gesellschaft Balzacs. Wohl niemals in der Geschichte hat die Selbstverwirklichung durch individuelle Arbeit eine derart prominente Rolle gespielt wie heute. Die Beispiele liegen auf der Hand: Moderne Frauen (und Männer ohnehin) sind nur schwer zu bewegen, von einem Arbeitsplatz zu rein häuslicher Tätigkeit zu wechseln, auch wenn sie es sich aufgrund ihrer Vermögenslage leisten können; Müßiggang bringt eine extrem niedrige soziale Anerkennung und wird tunlichst vermieden bzw. möglichst verschämt verschwiegen; umgekehrt gilt eine Krankheit wie das „Burn-out“-Syndrom, also der Raubbau am eigenen physischen und psychischen Befinden, gerade in Kreisen der gut bezahlten Führungskräfte fast schon als positives Prädikat für selbstloses berufliches Engagement; dem Erwerb von Bildung zwecks späterer beruflicher Qualifikation kommt ein extrem hoher Status zu, viel mehr als zu früheren Zeiten; Söhne und Töchter aus wohlhabenden Elternhäusern, die es schulisch, universitär und beruflich zu nichts Anerkennenswertem bringen, werden mit gesellschaftlicher Verachtung oder zumindest gönnerhaftem Mitleid gestraft. Selbst Adlige streben mit Vehemenz nach Anerkennung gemäß bürgerlicher Leistungskriterien – so in dem extremen, aber durchaus charakteristischen Fall des früheren deutschen Bundesministers Karl-Theodor Freiherr zu Guttenberg, dem als Mitglied einer sehr wohlhabenden, hoch angesehenen Adelsfamilie der Erwerb eines Dokortitels so wichtig war, dass er unlautere Mittel einsetzte, um ihn zu erhalten.

Kurzum: Eigentlich nichts deutet darauf hin, dass unsere moderne Gesellschaft dem Vermögen an sich ein Übermaß an Anerkennung zollt. Leistung („Meriten“) verbindet sie sehr stark mit dem Einsatz von Arbeit – und nicht mit Vermögenserträgen. Dies nimmt vor allem dem Erbe viel von seiner sozial segmentierenden Wirkung.<sup>20</sup> Es bleibt allerdings die Frage, wie eng – sachlich und zeitlich – die Arbeit mit ihren Früchten verbunden sein muss, damit man überhaupt noch von „Leistung“ spre-

chen kann. Piketty legt in dieser Hinsicht relativ enge Kriterien an und benutzt diese, um seine geplante Umverteilung zu rechtfertigen. In einer charakteristischen Passage stellt Piketty (2014, S. 440–1) zwei berühmte Unternehmerpersönlichkeiten gegenüber: Bill Gates und Steve Jobs. Er betont dabei, dass die eigentliche hochproduktive „Arbeit“ von Bill Gates in einer vergleichsweise kurzen Phase seines frühen unternehmerischen Lebens lag, die enormen Früchte aber über den Rest seines Lebens gestreut sind – ganz anders als bei dem inzwischen verstorbenen Steve Jobs (und vielen anderen). Offenbar spielte bei Bill Gates viel Glück und Geschicklichkeit eine Rolle (und nicht nur „Leistung“ in einem engeren meritokratischen Sinne).

Diese nicht untypische Situation rechtfertigt aus Pikettys Sicht eine hohe Einkommens- und Vermögensbesteuerung – und mit Blick auf die Erben eine hohe Erbschaft- und Schenkungsteuer. Da gerade in riskanten unternehmerischen Tätigkeiten der langfristige ökonomische Ausgang zumeist weit offen ist und in der ferneren Zukunft liegt, erkennt Piketty auch keine substanziellen negativen Wirkungen einer hohen Besteuerung auf den Anreiz zu Arbeit und Innovation. Er sieht sich darin auch durch empirische Studien bestätigt, in denen kein allzu starker negativer Effekt auf die Arbeitsleistung von hohen Grenzsteuersätzen bei hohem Einkommen zu finden ist. Dies überrascht nicht: Welcher hochbegabte Unternehmer, Manager oder Künstler lässt sich im Vorhinein messbar davon abhalten, seinen Ideenreichtum in Produktives umzusetzen, nur weil er weiß, dass er in der Zukunft, wenn er Erfolg hat, dafür Steuern zahlen muss, aber trotzdem noch „gut leben“ kann?

Gleichwohl überzeugen Pikettys Argumente nur auf den ersten Blick. Sie lassen schließlich einen fundamentalen Aspekt außer Acht: die Diskrepanz zwischen dem, was man „Ex-ante-Anreiz“ und „Ex-post-Fairness“ nennen könnte. Dies lässt sich am besten an jenen unternehmerischen Berufsgruppen festmachen, die unter die Kategorie „Superstars“ fallen, sei es im Profisport (z. B. Fußballspieler) oder im Show Business (z. B. Rockstars). Es ist merkwürdig, dass Piketty in seinem Buch, das mit Fallbeispielen gut gefüllt ist, gerade diese Kategorie weitgehend ausspart – angeblich wegen mangelnden quantitativen Gewichts. Dabei übersieht er die qualitative Bedeutung, die diesen Berufsgruppen zukommt. Ihre Ex-ante-Motivation zur Wahl eines extrem riskanten Berufes in oftmals schwierigen gesellschaftlichen Milieus (etwa der großstädtischen Subkultur bei Rockstars) ergibt sich wohl regelmäßig mehr aus dem Wunsch, berühmt und bewundert zu werden als aus sehr langfristigen finanziellen Gesichtspunkten. Haben sie aber tatsächlich ex post das Ziel der bewunderten Berühmtheit erreicht – und zwar als einer

<sup>20</sup> Eine viel stärker segmentierende Wirkung hat möglicherweise jener Prozess der Selbstselektion, den Murray (2012) eindrucksvoll für die Vereinigten Staaten beschreibt. Danach gibt es in den Vereinigten Staaten seit einigen Jahrzehnten eine – empirisch gut belegte – Tendenz, dass Heirat und Familiengründungen zunehmend zwischen Partnern erfolgen, die ein ähnliches Bildungsniveau aufweisen und aus ähnlichen sozialen Milieus kommen. Prima facie ist in anderen Industrienationen – und auch in Deutschland – Ähnliches zu beobachten. Dies führt, so Murrays plausible These, zu einer geringeren sozialen Durchlässigkeit sowie zur Verfestigung von Unterschieden von Lebensformen und Leistungsmotivation zwischen gesellschaftlichen Gruppen, die sich letztlich auch in stärkeren Einkommens- und Vermögensunterschieden niederschlagen können.

der ganz wenigen Glücklichen aus einem riesigen Pool an Talenten, die scheitern und „arm“ bleiben –, dann ist es nicht unwahrscheinlich, dass sie eine Besteuerung im Piketty-Stil ex post als extrem unfair empfinden. Denn sie sind in ihrer Jugend große Risiken eingegangen und haben in der Regel durch eine Mischung aus herausragendem Talent und Glück, Geschick, Ausdauer plus Zähigkeit das Ziel tatsächlich erreicht. In diesem Urteil stehen sie auch typischerweise nicht allein: Es gibt kaum öffentliche Forderungen, Fußball- oder Rockstars viel höher zu besteuern als bisher.

Das Gérard-Depardieu-Symptom, so könnte man diese Fallkonstellation bezeichnen – nach dem berühmten alternden französischen Schauspieler, der jüngst aus steuerlichen Gründen von Frankreich nach Belgien und weiter noch nach Russland zog. Er sprach in einer öffentlichen Stellungnahme von der Unfähigkeit der französischen Behörden, die Unterschiedlichkeit der Menschen und ihrer Talente zu respektieren. Dies ist vielleicht keine schlechte verbale Konkretisierung für das, was hier als Verletzung der „Ex-post-Fairness“ bezeichnet wird. Der Staat verlässt sich darauf, dass die Menschen ex ante eine starke inhärente Leistungsmotivation mitbringen, enthält ihnen aber ex post die Belohnung dafür vor, wenn sie tatsächlich erfolgreich sind. Es wäre naiv zu glauben, dass die sozialen Kosten eines solchen staatlichen Verhaltens leicht messbar wären (sieht man von der Abwanderung von ein paar Superstars wie Gérard Depardieu einmal ab). Aber sie könnten durchaus doch in einer Piketty-Welt irgendwann mit Macht entstehen: durch das langsame Austrocknen eines kreativen Umfelds, das hochtalentiert und risikobereite Menschen brauchen, um ihre persönlichen und sozialen Ziele zu verfolgen. Soweit das noch möglich wäre, würden diese Menschen abwandern. Und in einer global besteuerten „Piketty-Welt“ würden sie irgendwann doch ganz verschwinden – und sei es allein dadurch, dass ihre Eltern in der Erziehung darauf achten, dass die Talente der Kinder frühzeitig in konventionellere Bahnen gelenkt werden, um künftige Frustrationen zu vermeiden. Das Ergebnis wäre eine farblose Gesellschaft, der es an Kreativität mangelt.

Was für unternehmerische Superstars und deren Lebensziele gilt, das findet vielleicht doch auch im breiteren gewerblichen Mittelstand seine Anwendung. Dies gilt vor allem auch für die Vermögens- sowie die Erbschaft- und Schenkungsteuer. Ein wesentliches Motiv beim Aufbau und bei der Erhaltung von Familienunternehmen ist natürlich ein langfristig-dynastisches: Ein Unternehmen mit innovativem hochwertigem Spezialwissen soll weitergegeben werden – als Teil einer stolzen Familientradition. Steuersätze in der Größenordnung, wie sie Piketty vorschlägt, würden dies substanziell gefährden. Weitreichende Aus-

nahmen für Betriebsvermögen bieten hier keinen Ausweg, da sie sehr schnell zu einer Besteuerungsstruktur führen, die in hohem Maße zwischen unterschiedlichen Vermögenskategorien differenziert. Es ist kaum vorstellbar, dass dies mit den üblichen Gleichheitsgrundsätzen vereinbar sein könnte – und zwar nicht nur in Deutschland, wo das Bundesverfassungsgericht bereits entsprechend entschieden hat, sondern auch in anderen westlichen Industrienationen. Eine Besteuerung, wie sie Piketty avisiert, würde deshalb zumindest zu einem stärkeren Eigentümerwechsel von Betrieben führen. Nur so ließe sich die Steuerlast aus fungibleren Vermögenstiteln bedienen. Ein steuerbedingter Wechsel des Eigentümers kann natürlich durchaus für die Rentabilität des Betriebs sogar förderlich sein, wenn der Erwerber des Betriebs der bessere Unternehmer ist als der Alteigentümer. Dies ist wohl auch die Position von Piketty.<sup>21</sup> Im deutschsprachigen Raum herrscht allerdings weithin die Meinung vor, dass die starke mittelständische Basis der im Weltmarkt verhafteten Industrie durch die scharfe Klinge einer hohen Erbschaftsbesteuerung und des damit provozierten Anstiegs der Zahl der Eigentümerwechsel an Wirtschaftskraft verlöre.

Diese Fragen der Effizienz sind beim heutigen Wissensstand nicht eindeutig zu entscheiden. Einer Antwort könnte man wohl nur näher kommen, wenn sich stark unterschiedliche Regime der Besteuerung über längere Zeit unter einigemaßen kontrollierten Bedingungen beobachten ließen. Davon sind wir aber weit entfernt. Zu beobachten sind stattdessen sehr stark unterschiedliche Traditionen und Wirtschaftsstrukturen zwischen Nationen, die auch unterschiedliche Sensibilitäten gegenüber Fragen der Besteuerung mitbringen. Es ist deshalb sicherlich kein Zufall, dass die jakobinischen Ideen eines Thomas Piketty aus Frankreich (und dort aus Paris) kommen, relativ weit weg – geographisch und kulturell – von den Zentren des industriellen Mittelstands in Familientradition, wie sie sich viel stärker im deutschsprachigen Raum finden.

Fazit: Pikettys Steuerpolitik liefert eine jakobinische Rezeptur, um ein vergleichsweise enges Konzept von „Leistung“ in die Praxis des Steuersystems umzusetzen. Sollten seine Ideen tatsächlich in die künftige öffentliche Diskussion einfließen, so bedürfte es zunächst einmal einer sehr sorgfältigen Prüfung dessen, was die Menschen in unserer Gesellschaft unter der Leistung des Einzelnen und der berechtigten Früchte dieser Leistung verstehen. Es ist aus sozialphilosophischer Sicht sehr oberflächlich, wie Piketty einfach zu postulieren, ein Mensch habe die Früchte seiner Arbeit (oder die seiner Eltern) nicht wirklich ver-

<sup>21</sup> Ähnlich argumentiert Brunner (2014) S. 214.



dient, wenn diese Arbeit nur hinlänglich weit zurück liegt oder das Ausmaß ihrer Früchte mit dem Glück zusammenhängt, das der Mensch im Laufe seines Lebens hatte. Dahinter steht dann doch ein ausgeprägt sozialistisches Menschenbild, in dem die Bürger die Beweislast dafür tragen, dass sie die Erträge ihrer Arbeit (oder die ihrer Eltern) wirklich verdienen, während dem Staat im Zweifelsfall das Recht der Konfiskation (jedenfalls zu mindestens 80 Prozent) zusteht. Eben dieses Menschenbild und die damit verbundene Rolle des Staates bedürfen intensiver Debatte, will man überhaupt Pikettys jakobinische Steuerpolitik ernst nehmen.

Es bleibt ein Letztes, was gerade in den deutschsprachigen Ländern bei allem nicht vergessen werden darf: Unsere Steuersysteme enthalten schon wesentliche Elemente der Progression. So beträgt in Deutschland der Spitzensteuersatz bei der Einkommensteuer 45 Prozent, bei der Erbschaftsteuer für die nächsten Verwandten 30 Prozent, für weiter entfernte Verwandte 50 Prozent. Dies ist weit weg von Pikettys jakobinischer Steuerwelt, aber es ist auch weit weg von einer Welt, in der wohlhabende Menschen keinerlei substanziellen Beitrag zum Gemeinwohl und zur Umverteilung leisten.

**Danksagung:** Der Verfasser dankt Karen Horn und Gerhard Schwödiauer für wertvolle Anregungen und Hinweise.

## Literatur

- Aghion, P. und P. Howitt (2009), *The Economics of Growth*, Cambridge, MA: MIT Press.
- Brunner, J. K. (2014), Die Erbschaftsteuer – Bestandteil eines optimalen Steuersystems? *Perspektiven der Wirtschaftspolitik* 15 (3), 199–218.
- Crafts, N. F. und G. Toniolo (1996), *Economic Growth in Europe since 1945*, Cambridge: Cambridge University Press.
- Deutscher Bundestag (2013), *Enquete-Kommission Wachstum, Wohlstand, Lebensqualität – Schlussbericht*. Drucksache 17/13300.
- Economist, The (2014), *Picking holes in Piketty: The latest controversy around Thomas Piketty's blockbuster book concerns its statistics*, 31. Mai 2014.
- Giersch, H., K.-H. Paqué und H. Schmieding (1994), *The Fading Miracle. Four Decades of Market Economy in Germany*, Cambridge: Cambridge University Press.
- Krugman, P. (2014), *Why we're in a New Gilded Age*, *The New York Review of Books*, 8. Mai 2014.
- Murray, C. (2012), *Coming Apart. The State of White America, 1960–2010*, New York: Random House.
- OECD (2008), *Growing Unequal? Income Distribution and Poverty in OECD Countries*, Paris.
- OECD (2011), *Divided We Stand. Why Income Inequality Keeps Rising*, Paris.
- Paqué, K.-H. (2008), *Zins, Zeit und Zukunft – Zur Ökonomie und Ethik globaler Klimamodelle*. In: Gischer, H., et al., *Transformation in der Ökonomie: Festschrift für Gerhard Schwödiauer zum 65. Geburtstag*. Wiesbaden.
- Paqué, K.-H. (2009), *Die Bilanz. Eine wirtschaftliche Analyse der Deutschen Einheit*, München: Hanser.
- Paqué, K.-H. (2010), *Wachstum! Die Zukunft des globalen Kapitalismus*, München: Hanser.
- Paqué, K.-H. (2012), *Vollbeschäftigt. Das neue deutsche Jobwunder*, München: Hanser.
- Piketty, T. (2013), *Le capital au XXI<sup>e</sup> siècle*, Paris: Seuil.
- Piketty, T. (2014), *Capital in the Twenty-First Century*, Cambridge, MA: Harvard University Press.
- Popper, K. (1965), *Das Elend des Historizismus*. 1. Auflage, Tübingen: J. C. B. Mohr.
- Solow, R. (1956), *A Contribution to the Theory of Economic Growth*, *Quarterly Journal of Economics* 70 (1), S. 65–94.
- Thomas, Gina (2014), *Ende einer Illusion: Amazon weiß, welche Bücher ganz gelesen werden*, *Frankfurter Allgemeine Zeitung* vom 12. 7. 2014.
- Weizsäcker, C. C. von (2011), *Public Debt Requirements in a Regime of Price Stability*, Reprint 2011/20, Max Planck Institute for Research on Collective Goods, Bonn.
- Weizsäcker, C. C. von (2014), *Public Debt and Price Stability*, *German Economic Review* 15 (1), 42–61.